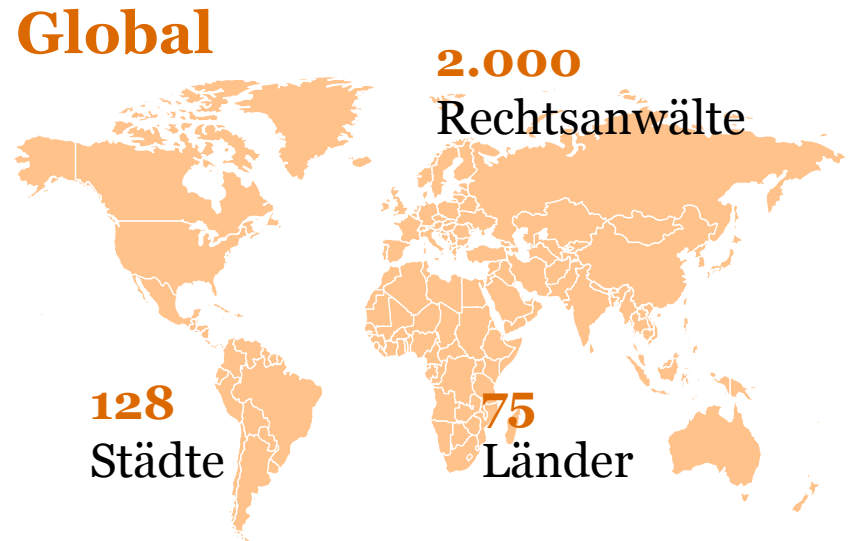


Calvinismus- Gefahren aus Europa

März 2014

PwC Legal in Deutschland und das weltweite Netzwerk



Ihr Nutzen aus unserem Netzwerk

- ⊕ weniger Koordinationsaufwand für Sie
- ⊕ interdisziplinäre Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene
- ⊕ hohe Qualität durch einheitliche Standards
- ⊕ persönlicher Kontakt mit zentralem Ansprechpartner für die praxis-orientierte Rundumbetreuung
- ⊕ kompetenter Partner mit Spezialisten aller relevanter Disziplinen

Unsere Praxisgruppen

Gesellschaftsrecht, M&A,
Restrukturierung

Öffentliches Wirtschaftsrecht

Handels- und Wettbewerbsrecht

Energierrecht

Immobilienrecht

Bank-, Versicherungs- und
Investmentrecht

Arbeits- und Sozialrecht

Steuerstrafrecht und
Wirtschaftsstrafrecht

Nachfolgeberatung und Stiftungen

Öffentliches Wirtschaftsrecht

- 13 Standorte
- 82 Rechtsanwälte

Neuerster Standort: Mannheim



Inhalt

1

Was ist eine Beihilfe?

2

Die Entscheidung zu den Kreiskliniken Calw

3

Urteil des Europäischen Gerichts (2012)

4

Mögliche Lösungsansätze

Was ist eine Beihilfe?

Allgemeines zum Beihilfenrecht

1

Nach EU-Recht sind staatliche Unterstützungsmaßnahmen grundsätzlich mit dem Binnenmarkt unvereinbar

Der Kernsatz des europäischen Beihilferechts lautet vereinfacht:

Staatliche Unterstützungsmaßnahmen sind verboten!
(„Beihilfe-Verbot“)



Art. 107 EU-Arbeitsweisevertrag:
„...*mit dem Binnenmarkt unvereinbar*...“

Das EU-Beihilfenverbot dient dem Schutz des freien Wettbewerbs innerhalb der Mitgliedsstaaten



Artikel 107 Abs. 1 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union):

„Soweit in den Verträgen nicht etwas anderes bestimmt ist, sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten beeinträchtigen.“

Definition der Beihilfe ist demnach:

- Eine **staatliche Maßnahme** mit...
- ...einem **wirtschaftlichen Vorteil**...
- ...für **bestimmte Unternehmen**...
- ...die eine **Wettbewerbsverfälschung** zu bewirken droht und
- ...den **zwischenstaatlichen Handel** beeinträchtigt (hierzu reicht es aus, dass potentielle Konkurrenten des Beihilfeempfängers aus der EU benachteiligt werden).

Vorgaben für den Betrauungsakt

Eine Betrauung besteht aus einem oder mehreren Rechtsakten, deren Form von den einzelnen Mitgliedsstaaten bestimmt werden, mit folgenden Inhalten:

- Art und Dauer der Gemeinwohlverpflichtung
- betrautes Unternehmen, geographischer Bereich
- Ggf. Art und Dauer der besonderen Rechte, die dem Unternehmen gewährt werden
- Parameter für die Berechnung und Überwachung der Ausgleichszahlungen

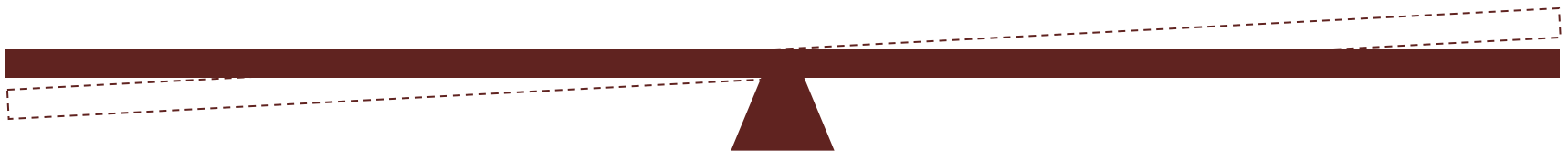
„Beihilfenrechtliche Bilanz“

Gemeinwirtschaftliche Verpflichtung *

- ⇒ Art und Dauer der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen sind vor Leistungserbringung zu definieren
- ⇒ Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen sind in „Trennungsrechnung“ von sonstigen Dienstleistungen zu trennen

Ausgleichsleistung

- ⇒ Parameter für die Ausgleichsberechnung sind vorzugeben
- ⇒ Überkompensationskontrolle



Kostentransparenz hilft!

Ein Verstoß gegen das Beihilferecht zieht empfindliche Konsequenzen für die beteiligten Akteure nach sich

Nichtigkeit des zivilrechtlichen Rechtsgeschäfts

Rückgewährpflicht / Rückforderungspflicht

Vertragsverletzungsverfahren gegen den Mitgliedsstaat

Schadensersatzansprüche von Mitbewerbern

Persönliche Haftung von Organen

Beihilfeprüfverfahren der EU-Kommission => Bußgelder

Steuerliche Umqualifizierungen mit der Folge von Nachzahlungen

Die Entscheidung zu den Kreiskliniken Calw

LG Tübingen, Urt. v. 23.12.2013, 5 O 72/13

2

Sachverhalt (vereinfacht)



Der Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V. (BDPK) wendet sich gegen den Defizitausgleich den der Landkreis Calw in den Jahren 2010 bis 2012 gegenüber der Kreiskliniken Calw gGmbH vornahm und gegen den durch den Kreistag beschlossenen Verlustausgleich für die Jahre 2013-2016.

Der BDPK hat den Landkreis Calw auf Unterlassung des Verlustausgleichs verklagt. Er stützt diese Klage auf § 4 Nr. 11 UWG, wonach unlauter handelt, wer einer gesetzlichen Vorschrift zuwiderhandelt, die dazu bestimmt ist, im Interesse der Marktteilnehmer das Marktverhalten zu regeln.

Zusammenfassung

Kernaussage

Die vom Kreis an die Kliniken erbrachten Leistungen sind keine verbotenen Beihilfen.

- Wettbewerbsregeln gelten nicht uneingeschränkt für Unternehmen, die mit Erbringung von DAWI betraut sind
- Vorliegend könnten Voraussetzungen der Freistellungsentscheidung erfüllt sein

Voraussetzungen der Freistellungsentscheidung



1

Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser ohne Höchstgrenzen von Notifizierung ausgenommen, wenn von Mitgliedsstaat als DAWI eingestuft (Art. 2 Abs. 1 FreistellungsE)

2

Betrauungsakt liegt vor (Art. 4 FreistellungsE)

Anforderungen an den Betrauungsakt

- 1** *Art und Dauer der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen*
- 2** *Unternehmen, ggf. das betreffende Gebiet*
- 3** *Art dem Unternehmen gewährter ausschließlicher Rechte*
- 4** *Beschreibung Ausgleichsmechanismus und Parameter*
- 5** *Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung von Überkompensationszahlungen*
- 6** *Verweis auf FreistellungsE*

Voraussetzungen erfüllt?



- § 1 Abs. 1 S. 3 LKHG: Bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen = DAWI
- Wegen § 3 Abs. 1 LKHG nach Auffassung des LG Tübingen Betriebspflicht für Kreiskliniken

§ 3 Abs. 1 S. 1 LKHG:

„Wird die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern nicht durch andere Träger sichergestellt, sind die Landkreise und Stadtkreise verpflichtet, die nach dem Krankenhausplan notwendigen Krankenhäuser und Krankenhauseinrichtungen zu betreiben.“

- Nach Auffassung des LG Tübingen wird dies durch den Landeskrankenhausplan für das LG Tübingen bindend festgestellt. Dies sei Folge der ausschließlichen Zuständigkeit der Landesregierung, über eine Versorgungslücke zu entscheiden.

Voraussetzungen erfüllt? (2)

- Auferlegung der Betreiberpflicht stellt eine nur die Stadt- und Landkreise treffende DAWI dar.
- Dagegen folge aus Aufnahme in den Landeskrankenhausplan allein nicht diese Pflicht – Schließung des Krankenhauses möglich.
- Gesetzliche Verpflichtung ist Auftrag im Sinne der FreistellungsE
- Durch Betrauungsakt von Kreis an Kreiskliniken wurde lediglich die Verpflichtung weitergegeben, es kommt auf LKHG an



EuG, Urt. v. 07.11.2012, T-137/10

3

Sachverhalt (vereinfacht)

Die Klägerin (CBI) ist eine Vereinigung belgischen Rechts, in der neun private Krankenhausbetreiber der Region Brüssel/Belgien zusammengeschlossen sind. Sie wendet sich gegen Finanzierungsmaßnahmen zugunsten der im Dachverband IRIS zusammengeschlossenen Klinikbetreiber der öffentlichen Krankenhäuser der Region Brüssel.

Alle belgischen Krankenhäuser erhalten für Behandlungsleistungen Beträge aus der Sozialversicherung, außerdem werden die Defizite aller Krankenhäuser gedeckt, die daraus resultieren, dass diese Sozialpatienten aufnehmen.

Öffentliche Kliniken erhalten daneben für Sonderaufgaben zusätzliche Mittel. Diese werden u.a. mit der Begründung gewährt, dass die öffentlichen Krankenhäuser verpflichtet seien, jeden Patienten anzunehmen und eine Vollversorgung anzubieten. Außerdem seien ihnen Sozialhilfearbeiten übertragen worden und sie seien zur Zweisprachigkeit verpflichtet.

Entscheidung EuG



Die Kommission beschloss, kein Beihilfeprüfverfahren zu eröffnen.

EuG hat diese Entscheidung der Kommission für nichtig erklärt.

- Staatliche Beihilfe kann nicht für vereinbar erklärt werden, wenn Verstoß gegen Gleichbehandlungsgrundsatz (Rn. 95)
- Hier: Wenn private und öffentliche Unternehmen mit gleichem Gemeinwohlauftrag betraut sind, müssen verschiedene Anforderungen klar aus Auftrag hervorgehen

Entscheidung EuG

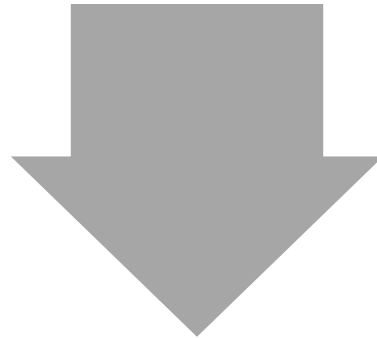


- Krankenhaussonderaufgaben
 - Verschaffung des Zugangs zu medizinischer Versorgung für jedermann
 - Medizinische Nahversorgungsind nicht ausreichend belegt.
- Im Hinblick auf Diskriminierungsverbot besteht ein Verbot auch privater Krankenhäuser, Patienten bspw. aufgrund von Kriterien der Religion oder Bedürftigkeit auszuwählen (Rn. 150)

Entscheidung EuG



Medizinischer Nahversorgungsauftrag wird von allen Krankenhäusern wahrgenommen, Kommission hat nicht dargelegt, welche besondere Aufgabe öffentlichen Krankenhäusern zukommt



Kommission hätte beihilfenrechtliches Prüfungsverfahren einleiten müssen.

Argumente LG Tübingen

EuG-Entscheidung nicht vergleichbar

Unsorgfältige Prüfung

Es ging in dem Urteil des EuG nur um Verfahrensrechte; Kommission hatte nicht sorgfältig genug geprüft

Defizitausgleich

Der jedem öffentlichen Krankenhaus (diskriminierungsfrei) gewährte Defizitausgleich wurde nicht in Frage gestellt

Keine gleichen Gemeinwohl- verpflichtungen

Urteil beschäftige sich nur mit Frage, wie zu verfahren sei, wenn gleiche Gemeinwohlverpflichtungen vorliegen: hier wegen § 3 Abs. 1 LKHG gerade nicht der Fall

Mögliche Lösungsansätze

4

Kritische Würdigung LG Tübingen

Urteil setzt sich mit einigen Fragen nicht auseinander

Leistungs- umfang

Die Frage, was öffentliche Kliniken tun, was private Kliniken nicht leisten, wird nicht vollumfänglich beantwortet

§ 3 Abs. 1 LKHG subsidiär

Subsidiarität der Pflicht in § 3 Abs. 1 LKHG hätte geprüft werden müssen, um Gleichbehandlungsgrundsatz aus EuG-Entscheidung gerecht zu werden

Grund- versorgung bereits erbracht?

LG hätte Prüfung darüber anstellen müssen, ob Grundversorgung im Landkreis nicht bereits durch die privaten Kliniken erbracht wird (vgl. Heise, EuZW 2013, 769, 772f.), abstrakte Möglichkeit eines Versorgungsausfalls genügt nicht

Defizit- ausgleich

LG Tübingen argumentiert, dass Defizitausgleich in Belgien nicht beanstandet wurde; aber in Belgien auch Defizitausgleich für private Kliniken

Eigener Lösungsansatz – aufgabenbezogene Betrachtung (herkömmliche Betrachtung)

Warum sind öffentliche Kliniken teurer?

- Sonderaufgaben aufgrund Landeskrankenhausplanung (einzelfallbezogene Betrachtung!)
- Ausbildungstätigkeit
- Krankenhausspezifische Besonderheiten



Eigener Lösungsansatz – kostenbezogene Betrachtung



Warum sind öffentliche Kliniken teurer?

- Höhere Personalkosten (Anwendung TVöD)
 - Kosten für Pflegekonzepte (höherer Personaleinsatz)
 - Höhere Infrastrukturkosten (Innenstadtlage gewünscht, nicht „grüne Wiese“)
 - politisch vorgegebene Faktoren
 - Betrauung möglich?
- DAWI prüfen (Personal, **Pflegekonzepte**, Aufgaben der öff. Hand, Infrastrukturbeihilfen: hier schon fraglich, ob wirtsch. Tätigkeit)
- Herabsetzung der Umlagen innerhalb der Klinik auf Marktniveau, so dass darüber hinausgehende Kosten betrauungsfähig sind

Ergebnis

- Urteil Calw: höchstens vorübergehende Entwarnung
- „Pauschalbeträuerungen“ riskant
- nur Ausgleich tatsächlicher besonderer Gemeinwohlverpflichtungen sind rechtssicher betraubar
- Transparenz erforderlich: Kann das Defizit tatsächlich auf besondere Gemeinwohlverpflichtung zurückgeführt werden?



***Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!***



***Dr. Oliver Wittig
Augustaanlage 66
68165 Mannheim
Tel: +49 621 432983 70
Mail: oliver.wittig@de.pwc.com***

***Newsletterbestellung:
subscribe_PS_legal_news@de.pwc.com***